



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

2. Sitzung (öffentlich)

8. Oktober 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

**1 Die Innovations-, Wissenschafts-, Forschungs- und
Technologiepolitik in der 15. Wahlperiode 5**

– Ministerin Schulze (MIWF) berichtet 5

– Aussprache 5

**2 Für ein NRW mit mehr Bildungsbeteiligung und Chancengleichheit –
Studiengebühren abschaffen und in Lehre investieren 6**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/23 – Neudruck

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Abschaffung von Studiengebühren in NRW
(„Studienbeiträge“ nach StGAG)**

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/30

Und:

Gesetz zur Verbesserung von Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/97

Sowie:

Studienbeiträge in Nordrhein-Westfalen: Sichere Qualität faire Bedingungen, gute Chancen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/126

- Aussprache

6

Nach Wortmeldungen aus den **Fraktionen** verständigt sich der **Ausschuss** darauf, in einem Obleute-Gespräch nach der heutigen Sitzung den Schlüssel für die Anzahl der Einzuladenden abzustimmen. – Die Anträge der SPD und Der Linken haben sich durch die Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung erledigt und werden von den Parlamentarischen Geschäftsführern für erledigt erklärt werden müssen.

Die Anhörung wird in der Sitzung am 17. Dezember ausgewertet. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs schließt sich an.

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

- Ministerin Schulze (MIWF) berichtet
- Aussprache

8

8

4	Aktueller Umsetzungsstand der BAföG-Reform	10
	– Ministerin Schulze (MIWF) berichtet	10
	– Aussprache	11
5	Auswirkungen der vorgenommenen Umorganisation auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung / Kosten der Umbenennung	13
	– Bericht der Landesregierung	
	– Ministerin Schulze (MIWF) berichtet	13
	– Aussprache	13
6	Sachstand Bundesstipendienprogramm	15
	– Ministerin Schulze (MIWF) berichtet	15
	– Aussprache	16
7	Lohndumping durch Leiharbeit am Uniklinikum Essen beenden	18
	Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 15/35	
	– Aussprache	18
8	Entsendung von Mitgliedern in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung	21
	– Dr. Berger (CDU) berichtet	21
	Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, als ordentliche Mitglieder Dr. Stefan Berger (CDU) und Iris Preuß-Buchholz (SPD) sowie als Stellvertreter Stefan Wiedon (CDU) und Georg Fortmeier (SPD) in die Stiftung zu entsenden.	

9	Verschiedenes	22
	a) Verfahrensabsprache	
	– Aussprache	22
	Der Ausschuss erklärt sich mit dem geschilderten Prozedere einverstanden.	
	b) Nächste Sitzung	
	– Information des Ausschussvorsitzenden	22

* * *

3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung führt aus:

Wir sind im Nachtragshaushalt im Wesentlichen mit zwei Positionen vertreten, die zu einer Schlussbilanz dazugehören. Zunächst sind das die Mehrausgaben für das BAföG in der bisherigen Form. Nicht berücksichtigt sind dabei die Veränderungen, die noch auf uns zukommen. Für den Haushalt geht es im Augenblick um effektive Mehrausgaben in Höhe von 6,5 Millionen € sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 15 Millionen €, die den Aufbau eines Solarforschungsinstituts an den Standorten Köln und Jülich absichern soll.

Damit Sie den Hintergrund kennen: In Bezug auf Jülich kann ich die alte Landesregierung loben. Es handelt sich um ein sehr schönes Projekt, das noch nicht im Haushalt etatisiert worden ist. Um das Projekt weiterführen zu können, müssen wir jetzt schon einen Betrag in den Haushalt einstellen, damit das Projekt überhaupt beginnen kann.

Karl Schultheis (SPD) geht davon aus, dass der Fachausschuss in seiner heutigen Sitzung lediglich eine erste Beratungsrunde durchführt. In der nächsten Sitzung werde es zur Einbringung der Anträge kommen.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) schlägt vor, die Beratungspunkte ohne Votum weiterzuleiten, da sie unstrittig seien.

Gunhild Böth (LINKE) kündigt namens ihrer Fraktion einen Antrag auf eine Verpflichtungsermächtigung im Einzelplan 06 an, da noch nicht geklärt sei, wann die Studiengebühren abgeschafft werden sollten. Sollten sie zum Sommersemester abgeschafft werden, bedürfe es im Haushalt einer Verpflichtungsermächtigung „Zuschuss an die Hochschulen zur Verbesserung der Lehre“. Eingebaut werden könne diese Position unter „Zuweisungen und Zuschüsse ohne Ausgaben für Investitionen“. Dadurch komme es nicht zu einer Erhöhung der Schulden.

Dr. Robert Orth (FDP) spricht sich dafür aus, das Thema für die nächste Sitzung erneut als Tagesordnungspunkt vorzusehen. So werde gewährleistet, dass Änderungsanträge behandelt werden könnten.

Karl Schultheis (SPD) pflichtet diesem durchaus üblichen Prozedere bei. Absehbar sei schon jetzt, dass es Anträge geben werde.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) schließt sich dem Verfahrensvorschlag an. Eine seriöse Verankerung der Finanzierung der Studiengebühren lasse sich nicht über den Nachtragshaushalt regeln. Sicherheit müsse es auch mittel- und langfristig geben.

Ausschussvorsitzender Arndt Klocke resümiert den Beratungsverlauf: In der nächsten Sitzung werde der Nachtragshaushalt als Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Fristgerecht vorgelegte Anträge würden diskutiert.